

# THILO SARRAZIN DER NEUE TUGEND- TERROR

Über die Grenzen  
der Meinungsfreiheit  
in Deutschland

Das  
Standardwerk  
zur aktuellen  
Debatte

LMV

THILO SARRAZIN

**DER NEUE TUGENDTERROR**

Über die Grenzen der Meinungsfreiheit  
in Deutschland

LMV



© Originalausgabe 2010 Deutsche Verlagsanstalt, München,

in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Satz: dtp im Verlag

© 2021 LMV, ein Imprint der Langen Müller Verlag GmbH, München

Alle Rechte vorbehalten

Satz (Vorwort neu): Satzwerk Huber, Germering

Druck und Binden: Friedrich Pustet GmbH & Co.KG, Regensburg

Printed in Germany

ISBN: 978-3-7844-3591-6

[www.langenmueller.de](http://www.langenmueller.de)

## **Inhalt**

Vorwort zur Paperback-Ausgabe	I
<i>Einleitung</i>	<b>II</b>
Wie gehe ich weiter vor?	18
<b>I</b>	
<b>Was ist Meinungsfreiheit, und wie bestimmen sich ihre Grenzen?</b>	<b>21</b>
Meinungsfreiheit ist relativ	21
Zur Rolle der Medien	26
Medien und Politik	28
Der Begriff der »Political Correctness«	35
Zur aktuellen Axiomatik des Tugendterrors in Deutschland	37
Der Einfluss des Tugendterrors auf die Meinungsfreiheit	42
<b>2</b>	
<b>Wie ich mit der Meinungsherrschaft in Konflikt kam: Eine Fallstudie</b>	<b>49</b>
Kernthesen	56
Tabuverletzungen	58
Reaktion von Medien und Politik	73
Sanktionen	101
Skandal und publizistischer Konflikt	112

### 3

<b>Elemente der Meinungsbildung</b>	<b>117</b>
Was Machiavelli uns heute noch zu sagen hat	118
Der frühe Tugendterror: Tocqueville zur Demokratie in Amerika	122
Zur Psychoanalyse des Tabus	125
Die Schweigespirale	129
Meinungsherkunft und Meinungsbildung im Journalismus	134
Wie sich der Mensch in der Gesellschaft anpasst: Die Neue Verhaltensökonomik	143

### 4

<b>Die Sprache als Instrument des Tugendterrors</b>	<b>155</b>
Sprache, Herrschaft und soziale Normen	155
Ethnische Benennungen	161
Die Sprache der Märchen: Negerkönige und Chinesenmädchen	168
Die geschlechtergerechte Sprache	170
Die gleichgeschlechtliche Ehe	172
Unschärfe, Euphemismus, Verballhornung	174
Soziale Unwörter: alleinerziehend, arbeitslos, Wirtschaftsflüchtling	180
Dekadenz der Sprache – Dekadenz des Denkens	182

### 5

<b>Der Kult des Wahren, Guten und Schönen: Tugendterror im Wandel der Zeiten</b>	<b>187</b>
Die Christianisierung und der Untergang des antiken Götterhimmels	191

Die heilige Inquisition	195
Hexer und Hexen	197
Der Terror in der Französischen Revolution	199
Sonnenfinsternis	201
Abgesunkenes Kulturgut: Tugendterror in der Gegenwart	203

### *Exkurs*

<b>Moral und Gewissheit</b>	<b>207</b>
Die Relativität (fast) aller Moral	207
Die Rolle sozialen Mutes	211

## **6**

<b>Vierzehn Axiome des Tugendwahns im Deutschland der Gegenwart</b>	<b>217</b>
1. Ungleichheit ist schlecht, Gleichheit ist gut.	226
2. Sekundärtugenden sind nicht wichtig, Leistungswettbewerb ist fragwürdig.	237
3. Wer reich ist, sollte sich schuldig fühlen.	243
4. Unterschiede in den persönlichen Lebensverhältnissen liegen meist an den Umständen, kaum an den Menschen.	257
5. Die menschlichen Fähigkeiten hängen fast ausschließlich von Bildung und Erziehung ab.	260
6. Völker und Ethnien haben keine Unterschiede, die über die rein physische Erscheinung hinausgehen.	275
7. Alle Kulturen sind gleichwertig, insbesondere gebührt den Werten und Lebensformen des christlichen Abendlandes und der westlichen Industriestaaten keine besondere Präferenz.	281
8. Der Islam ist eine Kultur des Friedens. Er bereichert Deutschland und Europa.	288

9. Für Armut und Rückständigkeit in anderen Teilen der Welt tragen westliche Industriestaaten die Hauptverantwortung.	304
10. Männer und Frauen haben bis auf ihre physischen Geschlechtsmerkmale keine angeborenen Unterschiede.	310
11. Das klassische Familienbild hat sich überlebt. Kinder brauchen nicht Vater und Mutter.	318
12. Der Nationalstaat hat sich überlebt. Die Zukunft gehört der Weltgesellschaft.	328
13. Alle Menschen auf der Welt haben nicht nur gleiche Rechte, sondern sie sind auch gleich, und sie sollten eigentlich alle einen Anspruch auf die Grundsicherung des deutschen Sozialstaats haben.	331
14. Kinder sind Privatsache, Einwanderung löst alle wesentlichen demographischen Probleme.	335

### *Schlussbetrachtung*

<b>Ideologie, Wirklichkeit und gesellschaftliche Zukunft</b>	<b>339</b>
--	------------

### **Anhang**

Anmerkungen	345
Rechtenachweis	390
Register	391

## 1

# Was ist Meinungsfreiheit, und wie bestimmen sich ihre Grenzen?

Immanuel Kant bestimmt in seiner oft zitierten Schrift »Was ist Aufklärung?« diese als den »Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit«, und er nennt diese Unmündigkeit »selbstverschuldet«, wenn ihre Ursache »nicht am Mangel des Verstandes, sondern der EntschlieÙung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen«.<sup>1</sup> Dieser Halbsatz wird übrigen vergleichsweise selten zitiert. Er stellt nicht auf äußere Freiheiten, sondern auf den subjektiven Willen ab. Wo dieser fehlt, sitzt man im selbstgemachten geistigen Käfig. Alexander Gauland beklagt zwar ganz zu Recht, in Deutschland habe »sich ein Hang zur Intoleranz breitgemacht« mit der Tendenz, »die vom Mainstream abweichende Position ins moralische Aus zu drängen«.<sup>2</sup> Dies geht aber nur dort, wo sich jemand aus Mangel an Mut und Entschlusskraft auch drängen lässt.

### Meinungsfreiheit ist relativ

Rein formal werden die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland durch das Grundgesetz ausreichend bestimmt. Der Artikel 5 des Grundgesetzes hat aus der Urfassung bis heute unverändert überlebt und ist deshalb von jener schönen und schlichten Klarheit, die neuere Textpassagen, wie z. B. jene zur Schuldenbremse, leider nicht auszeichnet. Er lautet:

»Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die



Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

Kunst und Wissenschaft. Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.«

Doch so einfach ist es nicht. Die tatsächlich gelebte und praktizierte Meinungsfreiheit weist andere Grenzen auf als jene des Gesetzes. Diese Grenzen sind nicht formalisiert, aber doch deutlich enger. Sie ergeben sich aus informellen Regeln gesellschaftlicher Gruppen, aus spezifischen Bestimmungen staatlicher und privater Institutionen und aus den jeweils geltenden Grenzen von Anstand und Sitte. Sie sind letztlich Ausdruck eines komplexen gesellschaftlichen Codes. Dieser verändert sich im Zeitablauf und kann zum gleichen Zeitpunkt in derselben Gesellschaft für unterschiedliche Gruppen ganz unterschiedlich sein. Diese Codes unterliegen keinem allgemeinen Trend. Es kann sein, dass sich die Grenzen gesellschaftlich nicht sanktionierter Äußerungen auf bestimmten Gebieten verengen und gleichzeitig auf anderen Gebieten erweitern.<sup>3</sup>

So sind die Grenzen für Meinungsäußerungen und explizite Darstellungen bei sexuellen Themen heute wesentlich weiter gesteckt als noch vor vierzig Jahren. Aber ein verfehlter Scherz zur Nazi-Diktatur oder zu Frauenrechten kann im Gegensatz zur Zeit vor vierzig Jahren heute jemanden im öffentlichen Amt oder in einer anderen hervorgehobenen Position durchaus die Karriere kosten. Dagegen enden heute Karrieren nicht mehr wegen außerehelicher Affären oder einer bestimmten sexuellen Neigung.

Dieses Netz komplexer Regeln, das die Grenzen der tatsächlich ausübaren Meinungsfreiheit bestimmt, ändert sich im Zeitablauf ständig. Es wird nicht gebildet durch gesellschaftliche Beschlüsse, sondern durch den impliziten Konsens meinungsbildender Gruppen, der bisweilen allerdings auch eine formale Ausprägung erfährt. Es ist das Wesen solcher vorgeseztlichen Grenzen der freien Meinungs-

äußerung, dass sie dem Einzelnen oft gar nicht bewusst sind. Er richtet sich mit seinen Äußerungen spontan an dem jeweils für ihn geltenden gesellschaftlichen Code aus.

Der Verlauf dieser Grenzen einer gesellschaftlich tolerierten Meinungsäußerung kann zur selben Zeit in derselben Gesellschaft für unterschiedliche Gruppen ganz unterschiedlich sein. Was in einer bestimmten Nische der Pop- und Jugendkultur an Äußerungen oder Verhaltensweisen toleriert oder sogar bejubelt wird, kann in einer anderen Gruppe oder einem anderen Kontext zur gesellschaftlichen Ächtung führen.

Die impliziten Grenzen freier Meinungsäußerung schwanken nicht nur im Zeitablauf oder weisen gruppenspezifische Unterschiede auf. Auch in westlichen Demokratien gibt es vielmehr themenbezogen deutliche Unterschiede von Staat zu Staat, von Nation zu Nation. Während z. B. in Schweden die Inanspruchnahme käuflicher sexueller Dienste verboten und auch entsprechend gesellschaftlich geächtet ist, hat es den Wahlchancen des italienischen Ministerpräsidenten in Italien lange Zeit nicht geschadet, dass seine privaten Partys auch von Prostituierten besucht werden. Erst als der Verdacht aufkam, einige von diesen seien minderjährig, bekam Berlusconi Probleme.

Äußerungen, die in einem Land als berechtigte sachliche Kritik völlig akzeptabel scheinen, solange sie belegbar sind, können in einem anderen Land schon deshalb kaum getan werden, weil sie Kritik enthalten und Kritik einen Gesichtsverlust des Kritisierten bedeutet. Die Bedeutung solcher Normen sah man an der zögerlichen Art, mit der in Japan im März 2011 in den ersten Tagen der Atomkatastrophe die Probleme kommuniziert wurden.

Das fein gesponnene und sich ständig verändernde Netz gesellschaftlicher Normen, die die Möglichkeit zur freien Meinungsäußerung begrenzen, kann sich bei manchen Themen verdichten bis zum gesellschaftlichen Tabu. Hier kann es sein, dass nicht nur bestimmte Meinungsäußerungen, sondern sogar bestimmte Fragen verboten sind und geächtet werden. Diesen Tabus folgt die Mehrheit der Menschen zumeist ganz unbewusst.

Der Historiker Volker Reinhardt meint dazu:

»Offenbar ist der Mensch so organisiert, dass er einem übergeordneten Rechtgläubigkeitsverband angehören will. Das müssen gar keine Religionen sein. Er möchte einer Gemeinschaft angehören, die die Welt richtig sieht. Dadurch wird er anfällig, Abweichler zu denunzieren.«<sup>4</sup>

Freiheit der Meinungsäußerung und Freiheit des Denkens sind miteinander untrennbar verwoben und wirken aufeinander ein. Das Denken des Menschen ist auf Mitteilung gerichtet. Wo ihn etwas interessiert, möchte er sich anderen mitteilen. Und auf Gebieten, wo Mitteilung nicht möglich ist, stellen die meisten Menschen auch das Denken ein. Die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Diktaturen richtet sich auf die Unterdrückung angeblich falschen Denkens mindestens genauso wie auf die Unterdrückung falscher Meinungen. Wo man nicht denkt, können auch keine Meinungen entstehen.

Wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Fortschritt ging immer damit Hand in Hand, dass in gewissem Umfang freies Denken möglich war. Selbst in autokratischen Regierungs- und Gesellschaftsformen kann es ja weite Bereiche geben, in denen der denkende Geist frei schweifen und sich auch mitteilen kann.

Gesellschaften, die ein Übermaß an Mitteilungs- und Denkverboten praktizieren, behindern ihre eigene Entwicklung. Häufig allerdings sind diese Verbote tief in den historischen, kulturellen und religiösen Traditionen dieser Gesellschaften angelegt. Dann sind sie ein nicht hinterfragter, integraler und selbstverständlicher Teil des gesellschaftlichen Seins und des Bewusstseins ihrer Menschen. Solche Gesellschaften sind sich ihrer eigenen Grenzen gar nicht bewusst und können diese folglich auch nicht überwinden. Das gilt für die heilige Kuh bei den Hindus genauso wie für die untergeordnete abhängige Rolle der Frau in den meisten islamischen Gesellschaften.

Der Aufstieg des westlichen Abendlandes wurde ermöglicht durch die Freiheit des Denkens und Forschens, die seit der frühen Renaissance auf allen Gebieten um sich griff. Die formale Garantie von Meinungsfreiheit im Rahmen der Gewährung bürgerlicher Freiheiten stand am Ende, nicht am Anfang dieses Prozesses. Zuerst kam

die Inanspruchnahme von Meinungsfreiheit, dann ihre Kodifizierung im Gesetz.

Umgekehrt gilt auch: Wenn der implizite gesellschaftliche Konsens die Grenzen zur freien Meinungsäußerung verengt, dann verengt er gleichzeitig die Grenzen des Denkens, und dies wiederum beeinflusst Richtung und Inhalt der gesellschaftlichen Diskussion und der künftigen gesellschaftlichen Entwicklung.

Denken ist Macht, und wo um gesellschaftliche Macht gerungen wird, da wird gleichzeitig auch immer um den Umfang und das Ausmaß gesellschaftlicher Denkverbote gerungen. Diese wiederum werden durchgesetzt über die gesellschaftlichen Regeln zu den Grenzen der freien Meinungsäußerung. Solche Prozesse werden nicht planvoll gesteuert. Sie laufen weitgehend unbewusst ab, aber sie prägen das Verhalten aller Beteiligten.

Von gesellschaftlichen Einwirkungen auf ihre Meinung am unabhängigsten sind die Menschen stets dort, wo sie eine eigene fachliche Kompetenz haben, das heißt im Kernbereich ihrer Berufsausübung. Das gilt für den Tischler genauso wie für den Arzt oder den Physiker. Je weniger die Menschen dagegen zu einer Sache ein eigenes Urteil haben, umso mehr verlassen sie sich auf jene, die aus ihrer Sicht Experten für die jeweiligen Fragen sind. Da die meisten normalen Menschen lieber im Konsens als im Dissens leben und zudem sozial möglichst wenig anecken möchten, neigen sie dazu, auf allen Gebieten, auf denen sie keine Experten sind, jene Meinungen zu teilen, die sie als Mehrheitsmeinung in der Gesellschaft oder in der eigenen Bezugsgruppe wahrnehmen. So entstehen Moden des Denkens genauso wie Moden der Kleidung.

Insgesamt gibt es in der deutschen Bevölkerung nach den Erkenntnissen aus Meinungsumfragen

»ein bemerkenswert großes Maß an Intoleranz gegenüber Meinungen ..., die den eigenen Vorstellungen von einer moralisch angemessenen Haltung widersprechen. Bei zehn der insgesamt 21 zur Auswahl vorgelegten Aussagen sind erhebliche Teile von mindestens einem Drittel der Bevölkerung der Meinung, man müsse

sie verbieten. Der Gedanke, dass das im Grundgesetz verankerte Prinzip der Meinungsfreiheit auch für abseitige Meinungen, für Tabubrüche und moralisch vielleicht schwer erträgliche Positionen gilt, liegt vielen Menschen offensichtlich fern.«<sup>5</sup>

## Zur Rolle der Medien

Bei einer Reihe von Themen meinen die Befragten der Allensbach-Umfrage zwar, hier könne man sich den Mund verbrennen. Doch ist das Gefühl, dies sei so, »wesentlich ausgeprägter als die tatsächliche gesellschaftliche Intoleranz. Dies ist besonders bei Aussagen der Fall, die das Thema Einwanderung oder auch die Geschlechterrollen betreffen.« Als Erklärung für die »Diskrepanz zwischen der tatsächlichen und gefühlten Intoleranz« bleibt aus der Sicht der Meinungsforscher »letztlich nur die Berichterstattung der Medien übrig«.<sup>6</sup>

Gesellschaftliche Diskussionen werden eben nicht von der breiten Masse berufstätiger Menschen bestimmt, egal ob es sich um einen Bauarbeiter, einen Manager oder eine Grundschullehrerin handelt. Gesellschaftliche Diskussionen werden bestimmt von der Klasse der *Sinnvermittler*. Dies waren in früheren Jahrhunderten die Theologen, dann die Philosophen und Dichter, später auch die Presse. Heute sind es vor allem die Vertreter der Medien, angereichert durch den ein oder anderen medientauglichen Schriftsteller oder Wissenschaftler.

Der größte Teil der im Medienbereich Tätigen hat Politikwissenschaft, Germanistik oder Geschichte studiert. Soweit sie Experten sind, sind sie Experten für Kritik und Sinnggebung, nicht aber für Problemlösungen in der sozialen und physischen Wirklichkeit. Bedingt durch Ausbildung und Tätigkeit, haben Mitglieder dieser Gruppe oft auch keinen ausgeprägten Sinn für Zahlen, Proportionen oder die Widerspenstigkeit realer Sachzusammenhänge. Ihre Aufgabe sehen die medialen Sinnvermittler in der wertenden Kommentierung des Weltgeschehens und des Geisteslebens. Bei der Abgabe ihrer Wertungen und der Tendenz ihrer Analysen folgen sie oft herrschenden Moden und unterliegen dabei auch einem gewissen Herdentrieb. Es

gibt eine Hackordnung unter den Protagonisten und eine Rangordnung der vertretenen Meinungen und der Werte. Diese wechselt mit der Zusammensetzung der Gruppe und den Moden des Zeitgeistes.<sup>7</sup>

Die sinnstiftende Medienklasse hat als meinungsbildendes Kollektiv Macht und übt sie auch gerne aus: Dort, wo die Bürger nicht beruflich bedingt selbst Experten sind (oder eine hohe eigene emotionale Beteiligung haben bzw. einen großen Problemdruck spüren), folgen sie nämlich unabhängig von ihrem Bildungsgrad zum größten Teil den Meinungen, die ihnen in den Medien angeboten werden.

Wenn sich bei einem Thema die öffentliche Meinung anders entwickelt, als sich das in den Medien vorherrschende Meinungsbild das vorstellt, so führt das dort oft nur zu kurzfristiger Verunsicherung, ansonsten aber zur Tendenz, die öffentliche Meinung als unaufgeklärt an den Pranger zu stellen und gegen »notorische Gleichschaltungsparanoiker« zu polemisieren, denn natürlich halten sich die Medien für aufgeklärter als das Volk.<sup>8</sup>

Das menschliche Hirn speichert Informationen umso nachhaltiger und zuverlässiger ab, je öfter diese wiederholt werden. Es vergisst allerdings nach einiger Zeit ihre Quelle und behält insbesondere nicht, ob diese Quelle vertrauenswürdig war oder nicht.<sup>9</sup> Das heißt: In der menschlichen Erinnerung schlägt die häufig wiederholte falsche oder unzuverlässige Information stets die seltener erhaltene richtige Information. Falsche Berichterstattungen über einen Sachverhalt werden also, wenn sie an Zahl deutlich überwiegen, in der Erinnerung der Menschen die richtige Berichterstattung verdrängen. Wenn und insoweit Medien also Politik machen wollen, ist es völlig rational, falsche Tatsachen unablässig zu wiederholen, wenn sie dem angestrebten Zweck dienen. Sie werden in der Erinnerung das Richtige überlagern und verdrängen.

Von daher ist es nachvollziehbar, wenn auch verwerflich, dass bestimmte Medien krasse Falschbehauptungen über meine Thesen ständig wiederholten. Denn nicht die Wahrheit wird am Ende gewinnen, sondern die hochfrequente Information, auch wenn sie falsch ist. Darin liegen die Versuchung – und der Fluch – jedweder Propaganda.

## Medien und Politik

Trotz allen Streites entlang der Parteigrenzen und um Einzelthemen sind Politikerklasse und Medienklasse stark aufeinander bezogen. Erstere brauchen die Letztere, weil die mediale Zustimmung weitgehend über den Erfolg des Politikers und seine Chancen zum Aufstieg und zur Wiederwahl bestimmt. Letztere brauchen die Erstere, weil die Kommentierung von Politik gleichzeitig deren Beeinflussung ermöglicht und damit Macht gibt.<sup>10</sup>

Medien und Politik beteiligen sich beide an dem Spiel, ungeliebte störende Tatsachen in bloße Meinungen und – umgekehrt – erwünschte Meinungen in angebliche Tatsachen umzuwandeln. Wenn aber jede Tatsache zur Meinung und jede Meinung zur Tatsache gemacht werden kann, wird alles möglich.<sup>11</sup>

Volker Zastrow schreibt dazu: »Der ultimative Sieg im politischen Meinungskampf ist, Menschen dafür blind zu machen, dass es sich bei der Entscheidung, die man durchsetzen will, überhaupt um eine handelt.« Stattdessen geht es um »Sachzwänge« und Entscheidungen, die »alternativlos« sind. Dabei hilft, dass »die Deutungsmuster aus Politik und politischer Publizistik im Wesentlichen identisch sind. Die Übereinstimmung hat, wenn nicht alles täuscht, in den letzten Jahrzehnten erheblich zugenommen.«<sup>12</sup>

Die Präferenzen des Bürgers bleiben dabei leicht auf der Strecke. Die Medienklasse glaubt mehrheitlich, sie sei aufgeklärter und politisch reifer als der gemeine Bürger, und der typische Politiker glaubt dies im Grunde auch. Darum war das erfolgreiche Volksbegehren gegen die Schulreform in Hamburg so eine Überraschung. Auch die Berliner Landespolitik kam ziemlich durcheinander, als die mit einer Verfassungsänderung 2006 neu eingeführten Möglichkeiten zum Volksbegehren und Volksentscheid tatsächlich genutzt und auch gegen die Regierungspolitik eingesetzt wurden. In der Schweiz hat es gegen die Mehrheit der Medien und der Politik zwei erfolgreiche Volksabstimmungen zum Minarettverbot (2009) und zur sogenannten Ausschaffungsinitiative für kriminelle Ausländer (2010) gegeben. Nach der vorherigen Medienberichterstattung hätte es diese Abstim-

mungsergebnisse eigentlich gar nicht geben dürfen, auch die Umfragen gaben ein solches Ergebnis nicht her.

Die Allensbach-Chefin Renate Köcher stellt etwa resigniert fest, dass die politische Meinungsforschung »zu einseitig unter dem Aspekt der Popularität von Personen und Parteien gesehen und genutzt« werde. Dagegen nutze die Politik die Demoskopie kaum dazu, die Interessen und Meinungen der Bevölkerung besser zu verstehen und notwendige Reformen besser vorzubereiten.<sup>13</sup>

Bei meinem Interview in *Lettre International* im September 2009 und der Veröffentlichung meines Buches *Deutschland schafft sich ab* im August 2010 gab es beide Male eine Entwicklung, mit der weder die Politikerklasse noch die Medienklasse gerechnet hatten. In beiden Fällen waren die negativen Vorurteile aus politischem Munde und in den Kommentarspalten praktisch bereits gesprochen oder gedruckt, ehe die Druckerschwärze der Zeitschrift bzw. des Buches überhaupt trocken war. Und beide Male gab es einen völlig unerwarteten anhaltenden Mediensturm bei Lesern und Zuschauern zugunsten meiner Aussagen. Das führte dazu, dass Politik und Medien ihre Positionen teilweise korrigierten. An dieser Stelle geht es nicht um die Frage, ob ich Recht oder Unrecht hatte, sondern allein darum, dass in diesem Ausnahmefall die weitgehende einvernehmliche Ablehnung meiner Analysen und Aussagen durch Politik und Medien letztlich bei den meisten Menschen keinen durchschlagenden Erfolg hatte.

So etwas geschieht immer dann, wenn Tabus der politischen Diskussion, die häufig unter dem Begriff der »politischen Korrektheit« subsumiert werden, verhindern, dass eine Frage, die viele Bürger intensiv bewegt, tatsächlich auch politisch diskutiert wird. Das führt zu einem Stau in den Unterströmungen des nicht sichtbaren politischen Diskurses, der sich Bahn brechen kann, wenn das tabuisierte Thema doch sichtbar wird.

Eine Tabuisierung von bestimmten Fragen oder Antworten erhöht auf Dauer die Distanz und das Misstrauen zwischen der Politik und den Bürgern. Ähnliches kann aber auch geschehen, wenn sich die Präferenzen der Bürger allmählich ändern und die Politik davon nichts mitbekommt. Letzteres war der Fall bei der Auseinanderset-



zung um »Stuttgart 21« – als sich Bürger letztlich mit Erfolg gegen die Meinung von Politik und Medien zur Geltung brachten.

Den Frust von Politik und Medien über unerwünschte Reaktionen aus der Bevölkerung brachte der *Spiegel*-Redakteur Dirk Kurbjuweit im Herbst 2010 auf einen Begriff: Er erfand den »Wutbürger«. Die Befürworter meines Buches wurden auch deshalb zu den Wutbürgern gezählt, weil sich einige von ihnen bei einer Lesung in München zu Missfallenskundgebungen gegen einen Journalisten, der mich kritisiert hatte, hinreißen ließen. Darüber erregte sich die *Süddeutsche Zeitung* sehr und sah flugs Gefahren für die Demokratie.

Der Wutbürger also ist ein Bürger, der sich aus egoistischen Antrieben oder allgemeinem Frust gegen die Beschlüsse der Politik und die Meinungsbildung der Medien wendet. Er ist, folgt man der Beschreibung seines Erfinders, meist arriviert, häufig älter, wenig aufgeklärt und jedenfalls ein barbarischer Rückschritt gegenüber einer Zeit, als die Medien und die Politik die öffentlichen Angelegenheiten unter sich ausmachten.

Mit dieser wenig wohlwollenden Interpretation der Kritik am Wutbürger habe ich natürlich überspitzt, aber das fördert vielleicht den Erkenntnisgewinn. Im Begriff des »Wutbürgers« ist bereits die Diffamierungsabsicht erkennbar: Wer die Wut hat, hat sich nicht unter Kontrolle, dessen Rationalität ist eingeschränkt, möglicherweise ist er für seine Handlungen auch nicht voll verantwortlich, und er ist auf seine Wut reduziert. Von solcher Art sind eben jene Bürger, die die von Politik und Medien gemeinsam ausgestellten Wechsel nicht einfach querschreiben.

Die bis hierher beschriebenen Mechaniken wirken grundsätzlich in jeder demokratisch verfassten Gesellschaft, so dass die tatsächlich ausgeübte und ausübbar Meinungsfreiheit immer nur eine Teilmenge der gesetzlich möglichen Meinungsfreiheit ist. Hier findet subtile soziale Kontrolle statt, die in einer freiheitlichen Gesellschaft keineswegs nur negativ zu bewerten ist. Der einzelne Bürger beobachtet mit feinen Antennen, »ob er mit seiner Meinung gesellschaftlich akzeptiert ist oder nicht, und richtet sein Handeln danach aus«. Eine wesentliche Informationsquelle bilden dabei die Medien. »Senden sie andere

Signale aus als die Bevölkerung selbst, kann es passieren, dass sich bestimmte Gruppen isoliert fühlen, obwohl sie es gar nicht sind.«<sup>14</sup>

Der Unterschied zwischen der gesellschaftlich akzeptierten und der rechtlich zulässigen Ausübung von Meinungsfreiheit ist ein in seinen Grenzen unscharfer und selten genau bestimmbarer Raum. Wer sich mit seinen Meinungsäußerungen in diesem Raum bewegt, hat zwar keine rechtlichen Sanktionen zu gewärtigen, er muss aber mit gesellschaftlichen Sanktionen rechnen. Dazu gehört alles von moralischer Verurteilung und gesellschaftlicher Ächtung bis hin zu übler Nachrede, persönlicher Diffamierung, Lächerlichmachen der Person, Verleumdung und Mobbing.

Wegen des wahrgenommenen Tabubruchs, der in einer Meinungsäußerung außerhalb des gesellschaftlichen Konsenses liegt, sehen sich viele Kritiker und insbesondere deren Mitläufer auch der Notwendigkeit enthoben, sich mit den Inhalten der kritisierten Äußerung seriös auseinanderzusetzen oder sich auch nur der Anstrengung zu unterziehen, diese geistig aufzunehmen und inhaltlich zu verstehen.

So wird aus Toleranz leicht Intoleranz: Wer seine Kleinkinder nicht schon mit zwölf Monaten bei der Krippe abgeben will, bezieht eine »Herdprämie«, wer die Ehe für eine Sache zwischen Mann und Frau hält, ist für Diskriminierung und Schwulenfeindlichkeit. Wer die katholische Position zur Homosexualität darlegt, wird in Talkshows ausgegrenzt.<sup>15</sup> Die Einforderung von Toleranz schlägt auf diese Weise leicht um in Intoleranz gegenüber jenen, die zwar abweichende Meinungen tolerieren, sie aber deshalb noch nicht als gleichwertig akzeptieren. Zum elementaren Inhalt eines jeden religiösen Glaubens gehört nämlich, dass er Aussagen für unwahr und moralische Werte für falsch hält, die dem eigenen Glauben widersprechen.<sup>16</sup> Darum wird das Verhältnis zwischen Religion und offener Gesellschaft stets widersprüchlich und konfliktreich bleiben. Wäre dem nicht so, so handelte es sich entweder nicht um Religion oder nicht um eine offene Gesellschaft.

Bei der Sanktionierung einer gesellschaftlich nicht akzeptierten, obzwar legalen, Meinungsäußerung herrschen die emotionalen Gesetze einer vormodernen Stammesgesellschaft. Wer sich durch fal-

sche Meinungen zum Außenseiter des Stammes machte, der wurde verstoßen und auf unterschiedliche Weise malträtiert, oft auch getötet. Die bereits etwas aufgeklärten antiken Athener hielten für schwere Fälle gesellschaftlich unakzeptabler Meinungen den bereits erwähnten Schierlingsbecher bereit, für leichtere Fälle gab es die Verbannung.

An die Stelle des Stammes tritt in der modernen Gesellschaft eine virtuelle Werte- oder Gesinnungsgemeinschaft. Diese umfasst in den meisten Fragen stets nur Teile der Gesellschaft. Es ist das Kennzeichen der modernen Gesellschaft, dass in ihr ganz unterschiedliche Werte- und Gesinnungsgemeinschaften nebeneinander existieren, die sich teilweise überlappen, teilweise ignorieren, teilweise ständig aneinander reiben. Derselbe Mensch kann in unterschiedlichen Lebenszusammenhängen oder unterschiedlichen Teilaspekten seiner Persönlichkeit ganz unterschiedlichen Werte- und Gesinnungsgemeinschaften angehören.

Die gleichzeitige Existenz unterschiedlicher Werte- und Gesinnungsgemeinschaften produziert innere Widersprüche in großer Zahl. Darum hat das Geistesleben in einer liberalen, offenen Gesellschaft immer auch etwas Chaotisches, und das ist gut so. Die Formen der Auseinandersetzung zwischen unterschiedlichen Werte- und Gesinnungsgemeinschaften sind zu keiner Zeit besonders vornehm gewesen, da sie aus den beschriebenen Gründen vorwiegend gefühlsgesteuert sind und ihren emotionalen Antrieb aus sehr ursprünglichen Schichten tief im menschlichen Stammhirn gewinnen.

Besonders heftig wird die emotionale Abstoßung dort, wo nicht ohne weiteres zu widerlegende Fakten oder einfache logische Überlegungen wesentliche Inhalte einer Werte- und Gesinnungsgemeinschaft in Frage stellen können. Die heilige Inquisition hatte für solche Fälle den Scheiterhaufen, die Sowjetunion nahm in den siebziger Jahren Rückgriff auf die Irrenhäuser, nachdem Massenerschießungen oder Lagerhaft mittlerweile als politisch inkorrekt galten.

Ich empfand es in diesem Zusammenhang als eine besonders schöne Pointe, dass der Feuilletonchef der *Frankfurter Rundschau*, Arno Widmann, Anfang Oktober 2009 in einem vor Wut schäu-

menden Kommentar zu meinem Interview in der Zeitschrift *Lettre International* erklärte, Thilo Sarrazins Ansichten könnten gar nicht ernsthaft diskutiert werden: »Der Mann ist verrückt, und sonst gar nichts.«<sup>17</sup> Er war sich der Parallele zur späten Sowjetunion offenbar nicht bewusst, dort erklärte man gerne missliebige Kritiker für verrückt und steckte sie folgerichtig in die Anstalt.

Die Schriftstellerin Monika Maron, die noch die DDR erlitten hatte, hat ein Vierteljahrhundert später erneut den Eindruck, dass die »deutsche Öffentlichkeit ... an Denk- und Sprechverboten« krank:

»Wer an der Klimapolitik zweifelt, wird schnell zum Klimaleugner. Wer *diese* Euro-Rettung und Europapolitik nicht will, gilt als europafeindlich oder nationalistisch, auf jeden Fall als populistisch. Wer den Islam in seiner derzeitigen Verfassung für nicht kompatibel mit einer offenen, demokratischen Gesellschaft hält, wird als islamophob oder sogar fremdenfeindlich diffamiert. Wir leben in einer freien Gesellschaft mit verfassungsrechtlich geschützter Meinungsfreiheit, und ich verstehe nicht, wie ein solches Meinungsdictat, das ja durch die Bevölkerungsmehrheit nicht gedeckt ist, überhaupt zustande kommen kann.«<sup>18</sup>

Es bestimmt eben nicht die Bevölkerungsmehrheit, sondern die Sinn vermittelnde Medienklasse weitgehend darüber, wie weit oder eng der Korridor gesellschaftlich zulässiger Meinungsäußerungen ist.<sup>19</sup> Allerdings wirkt auch der Bürger mit, je nachdem, wie intensiv er solchen Vorgaben Widerstand leistet oder eben nicht. Darüber wird noch zu sprechen sein. Dass der Widerstand gegenwärtig wächst und die Medienklasse darüber unzufrieden ist, haben wir an der Diffamierungsvokabel »Wutbürger« gesehen.

Das beunruhigt die Medien. Der *Zeit*-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo beklagte in einem Gespräch mit dem *FAZ*-Herausgeber Frank Schirrmacher, dass er »in den deutschen Medien seit einiger Zeit einen besorgniserregenden Hang zum Gleichklang« beobachte. Der komme »aus unserer eigenen Mitte, er geht von den Journalisten, Lesern und Zuschauern aus«. Etwas später lobte er dann, dass die

FAZ den Abdruck des Israel-Gedichts von Günter Grass abgelehnt habe, und kritisierte, dass die FAZ Sarrazin so viel Raum gegeben habe. Schirmmacher verteidigte dies etwas lahm mit dem Hinweis auf Meinungsunterschiede zwischen Feuilleton und Politik. Die implizite Komik dieser Debatte schien keinem von beiden aufzugehen. Schließlich kam heraus, was sie beide bedrückte: Der Gegenwind bei den Lesern und aus dem Internet hatte ihre Freiheit beschränkt, im Fall Sarrazin einen ganz harten Kurs zu fahren, und diese Einmischung von außen sahen sie auch bei anderen Themen.<sup>20</sup> Was Giovanni di Lorenzo einen »besorgniserregenden Hang zum Gleichklang« nannte, war tatsächlich die in der Bevölkerung wachsende Gegenwehr gegen Meinungsvorgaben aus den Leitmedien. Darin sahen die beiden Diskutanten eine Bedrohung der Medienmacht. In der Ausgabe davor hatte die *Zeit* gezeigt, wie sie gerne Einfluss nimmt. Ein Interview mit mir wurde wie folgt angekündigt:

»Was soll das, Herr Sarrazin? Nach seinem umstrittenen Buch ›Deutschland schafft sich ab‹ hat Thilo Sarrazin jetzt eins über die Währung geschrieben: ›Europa braucht den Euro nicht. Wie uns politisches Wunschenken in die Krise geführt hat.‹ Will der Mann schon wieder zündeln?«<sup>21</sup>

Günther von Lojewski beschreibt, wie sich das Verständnis in den Medien in den letzten Jahrzehnten immer weiter von der möglichst objektiven Berichterstattung zum Versuch der parteilichen Einflussnahme verschoben hat. Er spricht vom »Machtanspruch der Medienmacher« und fragt: »Diktieren wir etwa nicht der Politik die Agenda? Kommt uns etwa nicht über die veröffentlichte Meinung die Meinungsführerschaft im Lande zu?« Er fürchtet, Politik verenge sich »zusehends zu einem Wettbewerb um die veröffentlichte Meinung«, wobei die Medien als »Kontrolleure selbst von niemandem mandatiert sind.«<sup>22</sup> Wer wie Günther von Lojewski fünfzig Jahre in den Medien an meist leitender Stelle tätig war, sollte es eigentlich wissen.

Die schrecklichen Verirrungen des 20. Jahrhunderts, insbesondere der Nationalsozialismus, haben in Deutschland besonders große

mentale Verwüstungen angerichtet. Die Entwicklung in Deutschland war aber auch nur Teil eines allgemeinen Trends, der hier besonders ausgeprägt war. Die Verunsicherung des Bürgertums und der Wunsch nach einer heilenden Utopie führten dazu, dass antiautoritäres, linksliberales und teilweise auch marxistisches, in jedem Falle aber antibürgerliches Gedankengut die Werte und Gesinnungen in der Medienklasse weitaus stärker prägte als in der Gesellschaft insgesamt.

### **Der Begriff der »Political Correctness«**

Daraus entstand ein recht hermetischer Code des Guten, Wahren und Korrekten, der große Teile der Medienklasse dominiert. Die Kritik an diesem Code kommt im Begriff der »Political Correctness« zum Ausdruck. Die militanteren Vertreter der Medienklasse setzen ihren Begriff des politisch Korrekten mit den Grenzen des Anstands gleich. Wer sich ihren Wertungen nicht fügt, hat die Grenzen des Anstands eben verletzt und ist schon aus diesem Grund seriöser Auseinandersetzung nicht wert. So verfährt z. B. Patrick Bahners in seinem Buch *Die Panikmacher* bei seiner Kritik an den Islamkritikern.

Jacques Schuster sieht in den deutschen Debatten zu Themen wie Beschneidung, Sexismus, Annette Schavans Doktorarbeit oder Rassismus eine spezifisch deutsche Neigung zum Furor und zur Dunkelhaftigkeit und zitiert Elias Canetti:

»Das nationale Gefühl der Niederländer symbolisierten die Deiche, das der Briten verkörpere das Meer. Für die Deutschen aber stünde der Wald: ›Das Rigide und Parallele der aufrecht stehenden Bäume‹ stehe für die deutsche Art zu denken.«<sup>23</sup>

Nationale Eigenheiten ändern aber nichts daran, dass »Political Correctness« zu einem transnationalen Phänomen des Abendlandes geworden ist, welches zumindest in Europa eher von der linken Ecke des politischen Meinungsspektrums geprägt wird.

Die verstorbene italienische Journalistin Oriana Fallaci nannte in ihrer Streitschrift die Vertreter der politischen Korrektheit in den Medien angesichts ihrer ausdauernden Gesänge »die Zikaden«, »diese Insekten, bei denen an die Stelle der marxistischen Ideologie die Mode der politischen Korrektheit getreten ist«, die »Mode oder wohl eher die Demagogie, die im Namen der Gleichheit (sic!) Leistung und Erfolg, Werte und Wettbewerb negiert, die eine Mozart-Symphonie und eine Monstrosität namens Rap oder einen Renaissancepalast oder ein Zelt in der Wüste auf ein und derselben Ebene ansiedelt.«<sup>24</sup> Man muss den polemischen Impuls von Oriana Fallaci nicht teilen, um den Kern ihrer Kritik zu verstehen.

Regeln der politischen Korrektheit haben einen gleitenden Übergang zu Regeln des Anstands und des gesellschaftlich akzeptierten Benehmens. In diesem Sinne gab es sie zu allen Zeiten.

Die heutige Tradition der politischen Korrektheit wurde in den achtziger Jahren in den USA geprägt. Auch die Namensgebung stammt von dort. Die bevormundende Tendenz zur politischen Korrektheit ist im linken politischen Spektrum zwar besonders stark verbreitet, aber mindestens in den USA hat auch »die Rechte ihre eigene Form von PC – patriotische Korrektheit, wenn man so will, die ganz genauso auf die Verschleierung unschöner Wahrheiten abzielt.«<sup>25</sup> Bei der Diskussion über politische Korrektheit dürfen zwei Dinge nicht verwechselt werden:

- Zunächst ist politische Korrektheit ein Strukturprinzip. Als solches regelt es mit impliziter oder expliziter Verbindlichkeit den Kreis des Sagbaren und die dabei zu wählende Ausdrucksweise. Das kann zudem nach Situationen, sozialen Gruppen, Altersklassen etc. variieren. Das Strukturprinzip als solches ist unabhängig von Inhalten. Die Intensität der Vorgaben politischer Korrektheit kann unabhängig von ihren Inhalten variieren.
- Sodann versteht man unter den Regeln der politischen Korrektheit einen konkreten, in Zeit und Raum auf eine bestimmte Gesellschaft bezogenen Satz von Regeln über das, was man sagen oder nicht sagen soll, oder wie man es sagen muss.

Es ist wichtig, beide Ebenen auseinanderzuhalten. Die Klage über »politische Korrektheit« ist in den letzten Jahren zu einem Kampfbegriff geworden, dessen Aussagekraft durch seine inflationäre Verwendung nicht gewonnen hat. Dabei ging vor allem der erwähnte Doppelcharakter unter:

- Einerseits die Vorprägung und Einengung des Sagbaren und Denkbaren an und für sich – dies kann bis zur Einteilung in zulässige und unzulässige Gefühle gehen – und die Intensität der dabei direkt oder indirekt ausgeübten Zensur.
- Zum anderen der spezifische Kanon von Denkverböten, Sprachregelungen und Verhaltensvorschriften, der in einer konkreten historischen Situation – bezogen auf eine bestimmte Gesellschaft oder eine bestimmte soziale Gruppe in dieser Gesellschaft – zur Anwendung kommt.

### **Zur aktuellen Axiomatik des Tugendterrors in Deutschland**

Zu Beginn des Kapitels 2 beschreibe ich die Tabus, die ich bei Fragestellung und Analyse in *Deutschland schafft sich ab* offenbar verletzt hatte:

- Gruppenbezogene Unterschiede
- Einfluss der Religion auf die Integration
- Erbllichkeit von menschlichen Eigenschaften
- Folgen unterschiedlicher Geburtenraten von sozialen Gruppen
- Charakter von Völkern und Gesellschaften
- Gleichheit
- Neid

Sucht man nach der überwölbenden Norm, die hinter diesen Tabus steht, so stößt man auf das Gleichheitspostulat. Nicht im Sinne einer Gleichheit vor dem Gesetz, auch nicht im Sinne von Chancengleichheit, auch nicht im Sinne von Gleichwertigkeit.



Es geht vielmehr um eine Einstellung, die am liebsten alle Unterschiede zwischen Menschen, Religionen und sozialen Gruppen grundsätzlich verneinen will. Wo die Verneinung solcher Unterschiede schlechterdings nicht möglich ist, sollen die Unterschiede zumindest unter keinen Umständen mit wertenden Attributen versehen werden. Moralisch ganz unzulässig ist es in dieser Perspektive, Unterschiede in der Entwicklung von Gesellschaften und Individuen, insbesondere Unterschiede im Bildungserfolg und im wirtschaftlichen Erfolg mit den Eigenschaften von Gruppen und Individuen in Verbindung zu bringen, egal ob diese angeboren oder kulturell erworben sind.

Nach dieser Ideologie ist der Mensch wie eine »leere Schiefertafel«, die von der Erziehung und den sozialen Verhältnissen mehr oder wenig beliebig beschrieben werden kann. Nachhaltige kulturelle Einflüsse, die biologisch geprägten Elemente der menschlichen Natur, der Einfluss der natürlichen Evolution und die Rolle der Genetik werden in dieser Sichtweise gänzlich verneint oder so weit als möglich ins Unbedeutende und Äußerliche verdrängt. Der amerikanische Psychologe Steven Pinker widmete dieser Ideologie der »leeren Schiefertafel« (*blank slate*) ein ganzes Buch und zeigte ihre grundsätzlichen Blindheiten und Irrtümer auf, die in krassem Widerspruch zu den immer weiter wachsenden gegenteiligen Erkenntnissen aus Psychologie, Biologie und Genetik stehen.<sup>26</sup>

In der Gleichheitsideologie, die im Bild der leeren Schiefertafel zum Ausdruck kommt, ist die Entwicklung von Unterschieden zwischen Menschen stets ein Ausdruck mangelhafter sozialer Gerechtigkeit, also eine moralische Frage. Alexis de Tocqueville, ein Skeptiker der Gleichheitsideologie, schrieb dazu 1840 in schöner Ambivalenz: »Die Gleichheit ist zwar vielleicht weniger erhaben; sie ist aber gerechter, und ihre Gerechtigkeit macht ihre Schönheit und Größe aus.«<sup>27</sup>

Alles, was Ungleichheit befördert oder auch nur einer vorhandenen Ungleichheit analytischen Ausdruck verleiht, ist unmoralisch. Alle Ungleichheit bewirkenden Kräfte sind böse, alles, was Gleichheit bewirkt, ist gut. Der Geschäftsführer des katholischen Hilfswerks Misereor, Pirmin Spiegel, würdigt im Interview nicht etwa, dass heute die Welt dreimal so viel Menschen ernährt wie bei Gründung des

Hilfswerks und dass der Anteil der absolut Armen stetig sinkt. Er sieht vielmehr die »Ursachen von Hunger und Krankheit in der Welt« in ungerechter Verteilung und einem falschen Wachstumsmodell.<sup>28</sup>

*Das ist der Kern des Tugendterrors:* Die Ideologie (oder Religion) der Gleichheit erklärt alle sich manifestierenden Unterschiede in den Leistungen und im materiellen Erfolg von Individuen und Gruppen zum Ausfluss von Ungerechtigkeit, letztlich zum Ergebnis des Bösen, das in dieser Welt wirkt: Das Böse bewirkt, vergrößert, erklärt und rechtfertigt Ungleichheit. Das Gute kämpft gegen das Böse und damit gegen Ungleichheit in jeder Form.

Dahinter steht zunächst ein verinnerlichter und unreflektierter religiöser Impuls. Gleichzeitig handelt es sich aber auch um eine Frage der gesellschaftlichen Definitionsmacht, denn zu allen Zeiten haben sich religiöse Fragen mit Machtfragen verbunden. Gegen diese Art von säkularer, unbewusster Religion brauchen wir eine neue Art von Religionsfreiheit.

Wo trotz der neuen Gleichheits-Religion Unterschiede partout nicht geleugnet werden können, dürfen sie nach Meinung der Gläubigen keinesfalls mit Zuschreibungen versehen werden, die man als wertend verstehen könnte. Dabei gilt häufig schon die konkrete Beschreibung eines Sachverhalts als unzulässige Wertung und wird deshalb gern umgangen.<sup>29</sup>

Diese Anbetung der Gleichheit kann man eine Ideologie nennen, sie hat aber quasi-religiösen Charakter. Ihre Quellen sind teils christlich, teils naturrechtlich, teils marxistisch. Mit Chancengerechtigkeit und Gleichheit vor dem Gesetz hat diese Ideologie der Gleichheit freilich nichts zu tun.

Unnötig zu sagen, dass es die ideologischen Scheuklappen und die Übertreibungen sind, die diese Gleichheitsideologie so geistlos, so dümmlich und auch so gefährlich machen. In ihrer zugespitzten Form zog die Gleichheitsideologie während der letzten 230 Jahre eine breite Blutspur, die vom Massengebrauch der Guillotine in der Französischen Revolution über die unterschiedlichsten Formen des kommunistischen Terrors bis zu den »killing fields« im Kambodscha des Pol Pot reicht.

Wie alle Ideologien und Religionen versucht sich diese Gleichheitsideologie gegen ihre kritische Überprüfung an der Wirklichkeit abzuschirmen. Dazu gehören die Moralisierung aller Fragestellungen und die moralische Verunglimpfung all jener, die durch ihre Fragen und Analysen den Kern dieser Religion in Frage stellen.

Die beliebteste Verunglimpfungsmasche ist dabei der *Vorwurf des Rassismus*. Natürlich ist es stets richtig, nicht die eine Gruppe zu überhöhen, um die andere zu verteufeln. Falsch aber ist es, mit einer Gleichheitsideologie die Existenz von Unterschieden per se zu tabuisieren bzw. als einzige Erklärung einen Mangel an Gerechtigkeit zuzulassen. In dieser Perspektive gibt es einen »Rassismus der Intelligenz«, einen »Rassismus des Geschlechts«, einen »Rassismus gegen Muslime«, und wenn man etwa auf die unterdurchschnittlichen PISA-Ergebnisse von Schülern türkischer Herkunft in Deutschland verweist, so ist dies selbstverständlich ein »Rassismus gegen Türken«.

Niemanden scheint es zu stören, dass damit der wirkliche Rassismus verharmlost wird, nämlich jene Einstellung, die der ethnischen oder rassischen Herkunft genetisch bedingte negative Eigenschaften zuschreibt. Die inflationäre sinnwidrige Verwendung des Rassismusrwurfs hat ein klares Ziel und findet deshalb nicht zufällig statt: Jeder, der Unterschiede von Gruppen oder Individuen, seien sie angeboren oder erworben, analysiert, soll moralisch abqualifiziert werden. Der amerikanische Psychologe Martin E. P. Seligman brachte diese Haltung ironisch auf den Punkt: »Once we allow the explanation that Sam does better than Tom because Sam is genetically smarter, we start our slide down the slippery road to genocide.«<sup>30</sup>

In der Medienklasse wirkt diese Gleichheitsideologie in unterschiedlichen Formen und Dosierungen. Der Code des Tugendterrors ist auch nicht ein für alle Mal abgeschlossen. Es gibt Inkonsistenzen, Unterschiede und gleitende Übergänge. Aber man kann doch sagen, dass der Code, dem die Mehrheit der Medienklasse zuneigt, folgende Elemente umfasst:

- Ungleichheit ist schlecht, Gleichheit ist gut.
- Sekundärtugenden wie Fleiß, Genauigkeit und Pünktlichkeit

- haben keinen besonderen Wert. Leistungswettbewerb ist moralisch fragwürdig (außer im Sport), weil er die Ungleichheit fördert.
- Wer reich ist, sollte sich schuldig fühlen – außer, er hat sein Geld als Sportler oder Popstar verdient. Wer arm ist, ist ein Opfer von Ungerechtigkeit und mangelnder Chancengleichheit.
  - Unterschiede in den Lebensverhältnissen liegen nicht an den Menschen, sondern an den Umständen.
  - Die menschlichen Fähigkeiten hängen im Wesentlichen von Bildung und Erziehung ab, angeborene Unterschiede spielen kaum eine Rolle.
  - Völker und Ethnien haben keine Unterschiede, die über die rein physische Erscheinung hinausgehen.
  - Alle Kulturen sind gleichwertig, insbesondere gebührt den Werten und Lebensformen des christlichen Abendlandes und der westlichen Industriestaaten keine besondere Präferenz. Wer anderes glaubt, ist provinziell und fremdenfeindlich.
  - Der Islam ist eine Kultur des Friedens, wer Bedenken gegen muslimische Einwanderung hat, macht sich der Islamophobie schuldig. Das ist fast so schlimm wie Antisemitismus.
  - Für Armut und Rückständigkeit in anderen Teilen der Welt tragen westliche Industriestaaten die Hauptverantwortung.
  - Männer und Frauen haben bis auf ihre physischen Geschlechtsmerkmale keine angeborenen Unterschiede.
  - Das traditionelle Familienbild hat sich überlebt. Kinder brauchen nicht Vater und Mutter.
  - Der Nationalstaat hat sich überlebt, nationale Eigenheiten haben keinen Wert. Das Nationale ist per se eher böse, jedenfalls nicht erhaltenswert. Das gilt ganz besonders für Deutschland und die Deutschen. Die Zukunft gehört der Weltgesellschaft.
  - Alle Menschen auf der Welt haben nicht nur gleiche Rechte, sondern sie sind auch gleich, und sie sollten eigentlich alle einen Anspruch auf die Grundsicherung des deutschen Sozialstaats haben.
  - Kinder sind Privatsache, Einwanderung löst alle wesentlichen demographischen Probleme.

In all diesen Aussagen stecken ein richtiger politischer Kern und ein ehrenwerter moralischer Impuls. Es ist sogar grundsätzlich richtig, dass die Gesellschaft bestimmte Werthaltungen, etwa die Meinung, dass die Frau dem Manne nicht ebenbürtig sei, mit einem negativen Werturteil versieht. Solche Werturteile beeinflussen unmittelbar die öffentliche Meinung, denn die meisten Menschen akzeptieren gesellschaftlich dominierende Werturteile und übernehmen sie für sich selbst, ohne sie zu hinterfragen.

Gleichzeitig verzerren solche Werturteile aber auch das Bild, das sich in der Gesellschaft über die vorherrschenden Meinungen bildet. Menschen scheuen sich nämlich zumeist, Meinungen zu äußern, die nach ihrer eigenen Einschätzung nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechen. Dieser Effekt wird von den Medien und der Politik noch verstärkt. Wer sich außerhalb des Konsenses stellt, wird von den Medien abgestraft, und Meinungen, die von den Medien abgestraft werden, werden vom Mainstream der Politik schon gar nicht geäußert.

In Kapitel 6 stelle ich dar, wie der Blick durch die oben beschriebene Tugendbrille die Wahrnehmung der Welt geradezu ins Groteske verzerrt.

### **Der Einfluss des Tugendterrors auf die Meinungsfreiheit**

Politische Korrektheit erwächst aus dem Grundimpuls, Einstellungen und Werthaltungen zu ächten, die man als moralisch verwerflich oder gesellschaftsschädlich empfindet. Aber politische Korrektheit überdehnt, indem sie verabsolutiert. Wo sie die Legitimität unterschiedlicher Werthaltungen und Fragestellungen im Übermaß einschränkt, gleitet politische Korrektheit ab in Meinungsenge, ja sogar Meinungsterror.

Die Meinungsenge zeigt sich darin, dass bestimmte Fragestellungen oder bestimmte Interpretationsmöglichkeiten empirischer Fakten ausgeklammert oder gar nicht erst zugelassen werden. Der Meinungsterror beginnt dort, wo diejenigen, die nach den jeweils geltenden Maßstäben der politischen Korrektheit die falschen Fragen